

Landessynode  
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
24. bis. 27. Oktober 2018

B e s c h l u s s  
der Landessynode  
zum Wort des Bischofs  
2. Kohleproblematik

---

Die Landessynode bekräftigt ihr Anliegen, dass der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zügig weiter vorangetrieben werden muss. Dies kann nur gelingen, wenn es für alle Menschen in den betroffenen Regionen gute und tragfähige Perspektiven gibt. Dies schließt eine finanzielle Absicherung der Folgelasten durch die Verursacher mit ein.

So hat die Landessynode während ihrer Tagung zur Kenntnis genommen, dass die „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) am 25.10.18 ihren Zwischenbericht fristgerecht fertiggestellt hat. Trotz der knappen Zeitspanne und der großen Bandbreite unterschiedlicher Auffassungen der Mitglieder wurde dieser Zwischenbericht einstimmig verabschiedet. Dies lässt uns hoffen, dass auch der nächste große Schritt im Konsens gegangen werden kann. Um alle auftretenden rechtlichen, organisatorischen und strukturellen Fragen schnell und zielgerichtet lösen zu können, ist eine konkrete Festlegung des Zeitraums für den Ausstieg unverzichtbar. Erst ein konkretes Ausstiegsdatum für die Braunkohleverstromung schafft die notwendige Planungssicherheit für den Strukturwandel. Dieses Datum muss mit den Klimaschutzzielen der Bundesrepublik Deutschland vereinbar sein. Die Landessynode begrüßt es, dass der Zwischenbericht sehr konkrete Handlungsschritte vorsieht, gerade auch für die Lausitz. Eine erhebliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, eine Pilotregion für den neuen Mobilfunkstandard 5G, die Stärkung des „Forschungsstandortes Lausitz“ durch die Ansiedlung von drei Wirtschaftsinstituten, die Ansiedlung von Bundesbehörden in der Lausitz und nicht zuletzt die eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Mrd. € für alle Kohleregionen in Deutschland sind konkrete und sehr hilfreiche Schritte zum notwendigen Strukturwandel.

Mit unseren Gedanken und Gebeten werden wir weiterhin die Arbeit der „Kohlekommission“ begleiten.

Die Landessynode begrüßt ausdrücklich den Gedanken des Bischofs Dr. Markus Dröge zur Einrichtung eines „Lausitz-Fonds“. Dieser soll zivilgesellschaftliche Projekte (Vereine, Kultur, Sorben – Wenden, Erinnerungs- und Versöhnungsprojekte, Stärkung der Nachbarschaft zu Polen und Tschechien usw.) fördern.

Die Landessynode bittet den Bischof, die von Seiten der EKBO mit der Kohleproblematik befassten Akteure zu einer gemeinsamen Beratung und engeren Abstimmung zusammenzubringen.

Sigrun Neuwirth  
Präsidentin

Berlin, den 27. Oktober 2018